

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 76 (1996)
Heft: 9

Buchbesprechung: Sachbuch

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Rezensent ist Ordinarius für Politikwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i. Br.

Ludger Kühnhardt

NORMATIV GEFÜHRTE REFLEXION

Zwei Beiträge zum Thema «Verantwortungsgesellschaft»

Promotionen, die mehr sind als Fussnotenfriedhöfe und vorsichtigste Erörterungen zumeist schon wohlbekannter Sachverhalte, sind in der Politikwissenschaft nicht sehr verbreitet. Auf Standpunktabhandlungen, die wenig zur Erkenntnisförderung in einer Sachfrage beitragen, kann indessen auch verzichtet werden. Ein Mittelweg zwischen Klarheit und Mut zum Standpunkt einerseits und profiliertem, empirisch gesättigter Auseinandersetzung mit Quellen, Schrifttum und – wo nötig – zeitbezogener Publizistik anderseits: Das findet sich selten. Andreas Püttmann¹ hat in seiner Bonner – von Wolfgang Bergsdorf betreuten – Dissertation bewiesen, dass auch an Dissertationsvorhaben der Politikwissenschaft höchste Ansprüche gestellt werden können. Er hat eine pointierte, sachkundige und analytisch ebenso abgewogene wie dezidierte Arbeit verfasst, die überdies die besten Fähigkeiten der Politikwissenschaft, als Integrationswissenschaft einen Beitrag zur Erhellung der Bedingungsgrundlagen der Demokratie zu leisten, unter Beweis stellt. Im Schnittfeld zwischen Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft und Theologie ist seine Arbeit unter dem durchaus Neugierde weckenden Titel «Ziviler Ungehorsam und christliche Bürgerloyalität» erschienen. Sie wird nicht jeden, der sie zur Hand nimmt, beglücken. Aber sie ist wichtig und verdient grösitere Aufmerksamkeit.

Die Kernthese Püttmanns findet sich in der Mitte seiner Arbeit: Er begründet, warum Christen die besseren, die gesetzesstreueren Bürger sind. «Die politisch-ethische Substanz der grundgesetzlichen Ordnung macht es den Christen beider Konfessionen leicht, in der Bundesrepublik Deutschland ihren Staat zu erkennen und zu beherzigen, dass in ihm und mit ihm nostra res agitur... Unter dieser Vorausset-

zung erzieht die in der christlichen Botschaft enthaltene Normativität – vor allem Dekalog, Seligpreisungen, Tugendlehre, Bussforderung – zur Beachtung von Geboten und Verboten nicht nur im religiös-kirchlichen, sondern auch im staatlichen Bereich. Christlich sozialisierte Menschen werden insofern mit gröserer Wahrscheinlichkeit disziplinierte, pflichtbewusste Bürger sein» (Seite 311 f.).

Püttmann leitet diese These nicht allein aus einer quellenkritischen Auseinandersetzung mit kirchenamtlichen Texten ab, die er einfach gewissermassen «hochrechnet», um sie auf die Kirchenmitglieder anzuwenden. Er belegt seine Studie mit reichem empirischem Material, das nicht jeder gerne hören mag. Beispiele:

– Die Meinung, dass die Beachtung der Gesetze und der staatlichen Ordnung zu den Erhaltungsbedingungen der Demokratie gehört, hielten im November 1990 von den unter dreissigjährigen Deutschen nur mehr 48 Prozent in West- und 46 Prozent in Ostdeutschland für unverzichtbar (Seite 22);

– Die Bereitschaft zur Unterstützung der Polizei bei rechtswidrigen Situationen (Hausbesetzungen usw.) wächst mit der Kirchennähe, wiederum haben kirchennahe Katholiken mit 62 Prozent eine bessere Meinung von der Polizei als kirchennahe Protestanten mit 54 Prozent (Seite 268).

Doch Püttmann will nicht nur die höhere Staatsloyalität der Christen und unter ihnen wiederum der Katholiken «beweisen». Mit den Amtskirchen und innerkirchlichen Strömungen geht er durchaus sehr kritisch ins Gericht. Er setzt sich auseinander mit einer zweifelhaften Bejahung von Formen zivilen Ungehorsams durch manchen exponierten Kirchenvertreter und erörtert intensiv, was

¹ Andreas Püttmann: *Ziviler Ungehorsam und christliche Bürgerloyalität. Konfession und Staatsgesinnung in der Demokratie des Grundgesetzes*, Schöningh-Verlag, Paderborn 1994.

man als «Selbstsäkularisierung der Kirchen» beschreiben kann: Dass sie mehr oder minder allesamt in der Begründung ethisch-moralischer Positionen im öffentlichen Leben eher auf gängige politische oder staatsrechtliche Argumente als auf originär christliche Positionen hinweisen, führt Püttmann als ein Beispiel dieser Entleerung eines christlichen Propriums in den Kirchen selbst an.

Seine Arbeit schlägt einen grossen Bogen – nicht nur von den theologisch-staatstheoretischen Debatten seit der Zeit des *Heiligen Augustinus* bis hin zur anhaltend aktuellen Diskussion um die Deutung von Römer 13. Er skizziert die breite Palette der Problematik zivilen Ungehorsams, die in der alten Bundesrepublik im Kontext von Atomkraftpolitik, Nato-Nachrüstung und Hausbesetzung in den achtziger Jahren einen Höhepunkt erlebte, und er geht der äusserst kontroversen Frage nach dem Verhältnis der christlichen Kirchen im und gegenüber dem Diktaturstaat der DDR nach. Diese Passagen seiner Arbeit lesen sich besonders spannend und frisch, an ihnen wird man in der weiteren Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und mit den Deutungen der gesellschaftlichen Bedingungen des Eingangsprozesses nicht vorbeikommen können. Dennoch wirken sie ein wenig eingeschoben, nachgeschoben, allzumal in den Schlusskapiteln ein politiktheoretisches Fazit gezogen wird, das eher wieder nur auf die Tatbestände verweist, die Püttmann für die «alte Bundesrepublik» herausgearbeitet hat.

Seine Studie ist – ungeachtet solcher Unebenheiten – ein wichtiger Beitrag zur Diskussion um das Verhältnis von Politik und Religion.

Nicht viele Bücher von Politikern nimmt der historisch-politisch interessierte Intellektuelle gerne zur Hand, jedenfalls dann nicht, wenn er mehr zu finden hofft als blosse Politikrhetorik oder Bekenntnislirik. So schrumpft die Gruppe jener Politiker des Landes, deren schriftliche Reflexionen der Würdigung wert sind, auf eine kleine Zahl zusammen. *Christoph Böhr*² gehört zu dieser dünn gesäten Spezies. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz ist mehr,

Böhr sucht nach einer Ethik des wohlverstandenen Eigennutzes, um dem Gemeinwesen Sinn und Perspektive zu verleihen.

2 Christoph Böhr: *Der schwierige Weg zur Freiheit. Europa an der Schwelle zu einer neuen Epoche*, Bouvier-Verlag, Bonn 1994.

als der formale Titel seiner politischen Position vermuten liesse. Er gehört zu den seltenen klugen und kritisch-konstruktiv denkenden Köpfen nicht nur seiner Partei, sondern in der Parteienlandschaft insgesamt. Sein Wort von der «*Verantwortungsgesellschaft*» kennzeichnet sein Credo, seine politische Vision für Deutschland heute und morgen. Böhrs Buch ist eine kluge historische Einordnung und normativ geführte Reflexion über die Sinn- und Geschichtszusammenhänge des Epochentwechsels.

Böhr tut deshalb gut daran, die Epochenjahre 1789 und 1989 zu vergleichen, ehe er auf Ordnungsfragen der deutschen Gesellschaft und der europäischen Staatenwelt zu sprechen kommt. Er sucht nach einer Ethik des wohlverstandenen Eigennutzes, um dem Gemeinwesen Sinn und Perspektive zu verleihen. Er will nicht moralistisch das Gemeinwohl beschwören, ist aber auch aller Libertinage abgeneigt. So sucht er nach neuen Konkretionen der schottischen Moralphilosophie in der Tradition eines *Adam Smith* und anderer. Ihre Kategorien denkt der studierte Philosoph Böhr mit Ordnungsanfragen an die deutsche Wohlstands- und Wohlfahrtskultur zusammen. Die notwendige Begrenzung politischer Regelungsansprüche verknüpft Böhr mit dem Gedanken der individuellen Freiheit: «*Die gesamteuropäische Aufgabe, freiheitliche Ordnungen zu stiften, lässt sich beschreiben als politische Aufgabe, Regeln zu bestimmen und verbindlich durchzusetzen, die der Moral Geltung verschaffen, gerade weil das Handlungsmotiv des einzelnen ausschliesslich persönlichen Zielen folgt.*» Damit eröffnet Böhr den Diskurs über die Grundlagen posttotalitärer Demokratietheorie aus einer eigenwilligen Perspektive. Es lohnt, seine Gedanken kennenzulernen und weiterzudenken. Für ihn entspräche es dem Mechanismus des Marktes, wenn diese Debatte kontrovers geführt würde. Der schwierige Weg zur Freiheit ist nicht mit leichten Antworten gepflastert. Böhr plädiert für den Vorrang der Ordnungs- und Institutionenethik vor einer Handlungsethik der guten Tat. Sein Akzent gehört in die grosse Debatte über die Zukunftsfähigkeit der Demokratie zwingend hinein. ♦